

Vortrag an den Ministerrat

Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC); Prüfung des kombinierten 5./6. periodischen Berichts Österreichs durch das Komitee für Kinderrechte; 30. und 31. Jänner 2020 in Genf; österreichische Delegation

Voraussichtlich am 30. und 31. Jänner 2020 findet am Amtssitz der Vereinten Nationen in Genf die Prüfung des kombinierten 5./6. periodischen Berichts Österreichs über die Umsetzung des Übereinkommens über die Rechte des Kindes (CRC, BGBl. Nr. 7/1993 idgF) sowie von dessen Fakultativprotokollen betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten (OPAC; BGBl. III Nr. 92/2002 idgF) und betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie (OPSC; BGBl. III Nr. 93/2004 idgF) durch das Komitee für Kinderrechte (Komitee) statt.

Mit der Berichtslegung kam Österreich, das seit 1992 Vertragsstaat des Übereinkommens ist und in den Jahren 2002 (OPAC) bzw. 2004 (OPSC) die beiden Fakultativprotokolle ratifiziert hat, den völkerrechtlichen Verpflichtungen gemäß Art. 44 des Übereinkommens sowie gemäß Art. 8 OPAC und Art. 12 OPSC zur periodischen Berichterstattung an das Komitee nach. Der kombinierte 5./6. Bericht Österreichs beschreibt die Bemühungen zur Umsetzung des Übereinkommens und der Fakultativprotokolle unter Berücksichtigung der vom Komitee anlässlich der letzten Berichtsprüfung Österreichs am 5. Oktober 2012 beschlossenen Schlussfolgerungen und Empfehlungen.

Im Rahmen der zweitägigen Prüfung werden der kombinierte 5./6. Bericht Österreichs und ein zusätzlicher Fragenkatalog („List of issues“) des Komitees, der von Österreich im November beantwortet wurde, die Grundlage der Diskussion bilden.

Es ist beabsichtigt, für die Erörterung des Berichts vor dem Komitee folgende österreichische Delegation zu entsenden:

Botschafter Dr. Helmut Tichy Delegationsleiter	Sektionsleiter, Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres
Ministerialrat Dr. Ewald Filler Stv. Delegationsleiter	Abteilungsleiter, Bundeskanzleramt
Dr. ⁱⁿ Silvia Türk	Sektionsleiterin, Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz
Gesandter Dr. Robert Müller	Ständige Vertretung Österreichs beim Büro der Vereinten Nationen in Genf
Mag. Alexander Miklautz	gf. Gruppenleiter, Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz
Hon. Prof. Dr. Michael Kierein	Abteilungsleiter, Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz
Dr. ⁱⁿ Lisa Stadlmayr	Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres
Mag. Georg Reibmayr, M.A.	Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz
Ministerialrätin Mag. ^a Terezija Stoisits	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung
Ministerialrat Walter Ruscher, M.A.	Bundesministerium für Inneres
Richterin Mag. ^a Evelyn Wagner	Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz
Kommissär MMag. Michael Sorger	Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz
Gamze Subasi, MSc	Ständige Vertretung Österreichs beim Büro der Vereinten Nationen in Genf

Der Delegation werden, wenn nötig, weitere Beraterinnen und Berater aus den zuständigen Fachressorts beigezogen werden.

Die mit der Entsendung dieser Delegation verbundenen Kosten sowie allfällige weitere anfallende Kosten in diesem Zusammenhang finden ihre Bedeckung in den Budgetansätzen der jeweils entsendenden Ressorts.

Im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend, der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, der Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Forschung, dem Bundesminister für Inneres, sowie dem Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz stelle ich den

Antrag,

die Bundesregierung wolle dem Herrn Bundespräsidenten vorschlagen, die Mitglieder der österreichischen Delegation in der oben angeführten Zusammensetzung zur Vertretung Österreichs bei der Prüfung des kombinierten 5./6. periodischen Berichts Österreichs durch das Komitee für Kinderrechte zu bevollmächtigen.

7. Jänner 2020

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M
Bundesminister